

BERLIN.TABLE – AUSGABE 837

Die Experimente der FDP + Politische Erwartungen an Unternehmensführungen + Neues von der Bafög-Reform

Talk of the Town: Neustart der Liberalen – Warum das FDP-Parteitreffen der Beginn für zwei sehr gegensätzliche Experimente gewesen ist

Gefährdete Demokratie: Was Beschäftigte von ihren Unternehmensführungen erwarten

Staatsmodernisierung: Woidke will weg von der Einzelfallgenauigkeit

Kapitalmärkte: Erfolg für Lars Klingbeil auf EU-Ebene

Bafög-Reform: Ministerium widerspricht Zweifeln aus der Union

Wissenschaftszeitverträge: Regierung vermeidet den Konflikt – und erntet scharfe Kritik

Rentenreform: Die gesundheitsbedingte Frühverrentung muss leichter zugänglich werden

AfD Berlin im Wahlkampfmodus: Ruf nach Behörde für „Remigration“

Abschottung von China: Druck auf Merz wächst

Iran-Krieg: Luftfahrt-Branche warnt vor langfristigen Folgen

Table.Documents: BMW-Bericht zur Wirtschaftspolitik + Kleine Anfrage zu Entlassungen wegen verfassungsfeindlichen Bestrebungen + Was Unternehmen widerstandsfähig macht

Heads: Clemens Hach + Florian Hauer

Best of Table: Grüne Zweifel an Merz' Ukraine-Versprechen + Deutsch-israelische Rüstungskooperation + Ökonomen empfehlen Indien tiefgreifende Reformen

Time.Table: Magyar bei Merz + Global Solutions Summit + EU-Westbalkan-Gipfel

Must-Reads: Energiesgesetz als Jobkiller? + Konkurrenz zwischen Bundeswehr und Wirtschaft + Kompromissvorschlag zur Arbeitszeit-Reform

Nachttisch: „Mafia“ – Sachbuch von Ryan Gingeras

● Talk of the Town



Neustart der Liberalen: Warum die FDP auf dem Parteitag gleich zwei große Experimente anstößt



Stefan Braun



Damir Fras

Wenn man von oben drauf schaut, sind die klassischen Bewertungen für das, was am Wochenende auf dem FDP-Parteitag geschehen ist, einfach. **Wolfgang Kubicki** hat zwar gewonnen, ist ob des schwachen Ergebnisses aber beschädigt. **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** ist vor allem ihrem Ego gefolgt und hat darüber erst recht verloren. Und die FDP hat gezeigt, wie zerstritten sie in ihren Neuanfang startet. So oder ähnlich lässt sich das Geschehen durchaus bewerten. Aber das wäre nicht die ganze Geschichte dieses Parteitags.

Die FDP hat in Berlin zwei Experimente gestartet, die eine enorme innere Spannung erzeugen können. Mit Kubicki setzen die Liberalen auf einen Frontmann, der „vor allem

von der Stimmung lebt, weil er sie besonders gut erspüren kann“, wie einer seiner Unterstützer schwärmt. Zugleich wählt die Partei einen deutlich weiblicheren und jüngeren Vorstand – eine Neuaufstellung, die dem Modell Kubicki zu widersprechen scheint.

Kubicki setzt auf schnelle Wirkung. Er hofft, mit seiner direkten Sprache schon bald bei vielen Protestwählern zu punkten. Ob das Experiment gelingt, wird sich im September in Sachsen-Anhalt zeigen. Das Land ist fast so etwas wie die letzte Hochburg. In Berlin war die FDP seit 1989 an keiner Regierung mehr beteiligt; in Schwerin seit 1994. Nur in Magdeburg regiert sie noch mit. Mit Betonung auf: noch.

Auch Strack-Zimmermann weiß um Kubickis Stärken und wie sehr ein schneller Erfolg der Partei helfen würde. Aber der neue Chef hat den Delegierten in Berlin zugleich gezeigt, dass er auch selbst von Stimmungen getrieben sein kann. Der 74-Jährige wurde von der Kampfkandidatur nicht nur überrascht, was ihn, den Stimmungerspürer, besonders gefuchst haben dürfte. Er hat sich hinterher auch so zornig gezeigt, dass selbst seine Unterstützer erschrakten. Nach seinem knappen Sieg antwortete er auf die Frage, was er tun werde, um Strack-Zimmermanns Anhänger für sich zu gewinnen, mit einem kurzen: „Gar nichts“.

Er hat so, ob gewollt oder nicht, ausgerechnet seine Kritiker bestätigt. Also jene Delegierten, die vor dem Parteitag verzweifelt waren, weil sie nur die Wahl zwischen Kubicki und einer Nein-Stimme hatten. Von vielen Dutzenden ist auf dem Parteitag die Rede, die im Vorfeld nicht nur bei Strack-Zimmermann vorstellig wurden, sondern auch bei vielen anderen erfahrenen FDP-Kollegen. Ihre Botschaft: Sie würden der FDP den Rücken kehren, sollte sich niemand gegen Kubicki positionieren. Sie fürchteten einen Parteichef, der ziemlich rücksichtslos herrscht, waren bereit für ein zweites Experiment – und beknieten Strack-Zimmermann, anzutreten. So schildern es ihre Anhänger. Und was erklärte Kubicki nach der Abstimmung? Jetzt wisse Strack-Zimmermann, „wo der Hammer hängt“.

Damit wissen nun auch viele junge Frauen in der neuen Führung, woran sie mit Kubicki sind. Neben der Wahl des Frontmanns sind auch Präsidium und Vorstand in erheblichen Teilen neu aufgestellt worden. Dabei hat nicht nur Kubickis Generalsekretär **Martin Hagen** mit knapp 59 Prozent eine Schlappe erlitten. Es sind zugleich so viele Frauen wie nie in die Parteiführung gekommen. Nimmt man die ins Präsidium kooptierte Strack-Zimmermann dazu, dann sitzen im obersten Führungsgremium künftig neben fünf Männern auch fünf Frauen.

Gut möglich, dass sie jetzt eine Chance wittern, die FDP jünger und weiblicher auszurichten. Das gilt unter anderem für **Susanne Seehofer** und **Nadin Zaya**, die als Beisitzer im Präsidium dabei sind. Zaya kam als Flüchtlingskind nach Deutschland und arbeitet heute als Anwältin. Zu ihr und Seehofer kommt im erweiterten Vorstand ein gutes Dutzend weiterer Frauen, die sich nicht alle in Lager für oder gegen Kubicki eingruppieren lassen, sich aber durch Strack-Zimmermanns Chuzpe ermutigt fühlen könnten, Kubicki auch mal selbstbewusst entgegenzutreten, sollte er sich nicht für die neue, also ihre Welt öffnen. Wie das mit Kubicki und seinem Politikstil zusammenpasst, ist die spannendste Frage nach diesem Parteitag.

Unseren Podcast zur Lage der FDP nach dem Parteitag hören Sie [ab 5 Uhr hier](#).

PODCAST MIT MICHAEL BRÖCKER UND HELENE BUBROWSKI

TABLE TODAY

Gibt es jetzt zwei FDP?

Die aktuelle Table.Today-Podcastfolge, Montag ab 5 Uhr

ANZEIGE

Invitation: June 8, 2026, Berlin

Future

at the Table

Innovate & Invest with Reiche, Blessing, Mikus, Wintels, et al.

[Free Registration](#)

 TABLE
Table.Briefings
  INVEST IN GERMANY
  JUN

 SAP
  T Systems

 KfW
  HENGELER MUELLER
  Frankfurt Main Finance
  LB BW
  FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG für die Freiheit

● News

Mehrheit sieht Extremismus als größte Gefahr für Deutschlands Demokratie

Antworten auf die Frage: „Man hört häufig, dass die Demokratie bedroht sei. Wer oder was stellt dabei die größte Bedrohung dar?“

Extremismus (z. B. von rechts, links oder islamistisch)

55 %

Wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Spaltung

40 %

Autoritäre und populistische Bewegungen (auch Parteien)

39 %

Desinformation in sozialen Medien

34 %

Machtmissbrauch durch herrschende Entscheider

30 %

Einflussnahme von außen (z. B. andere Staaten)

27 %

Einseitige Berichterstattung durch klassische Medien

27 %

Weiß nicht

4 %

Keine der genannten, **aber eine andere**

2 %

Keine der genannten, **die Demokratie wird nicht bedroht**

2 %

Erhebungszeitraum: 27. November – 7. Dezember 2025 | Basis: 2.056 Befragte

Quelle: Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik (2026):
„Demokratie unter Druck – Wirtschaft in der Verantwortung?“
Was Beschäftigte von Unternehmen erwarten“

 www.Table.Media
Gefährdete Demokratie: Was Beschäftigte von ihren Unternehmensführungen erwarten.

Die schwierige politische Situation überträgt sich auch auf die Stimmung in Deutschlands Betrieben. Nach einer Untersuchung des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik halten inzwischen nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen in Deutschland die Demokratie für akut gefährdet. In einer Umfrage unter mehr als 2.000 repräsentativ ausgewählten Beschäftigten antworteten 98 Prozent auf diese Frage mit Ja. Als Gründe für ihre große Sorge nennen 55 Prozent jegliche Form von politischem Extremismus; 40 Prozent verweisen auf wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Spaltung; 39 Prozent nennen autoritäre und populistische Bewegungen. Die Untersuchung „Demokratie unter Druck – Wirtschaft in der Verantwortung?“ liegt *Table.Briefings* exklusiv vor. Sie wird morgen auf dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum in Bad Saarow vorgestellt.

Eine Mehrheit will, dass sich das eigene Unternehmen parteipolitisch zurückhält – al-

lerdings nicht bei extremistischen Positionen. Mehr als 60 Prozent sind gegen Wahl-empfehlungen; 54 Prozent lehnen Parteispenden ab. Zugleich aber sind knapp 60 Prozent dafür, Parteien offen entgegenzutreten, wenn diese „extremistische Positionen vertreten oder vom Verfassungsschutz beobachtet werden“. Bei der Frage nach einem allgemeinen gesellschaftspolitischen Engagement zeigt sich ein gemischtes Bild: 39 Prozent der Beschäftigten sprechen sich dafür aus; 30 Prozent sind dagegen – und 30 Prozent sind in dieser Frage unentschlossen. Unter Führungskräften sind 49 Prozent dafür, 28 Prozent lehnen es ab. Die Wissenschaftler stellten keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost und West fest. *Stefan Braun*

Staatsmodernisierung: Woidke will weg von der Einzelfallgenauigkeit. Brandenburgs Ministerpräsident plädiert für mehr Pragmatismus bei der Staatsmodernisierung. Weg vom Goldplating, hin zu mehr Praktikabilität. „Weg von der hundertprozentigen Einzelfallgenauigkeit, hin zu Prüfungen auf Stichprobenbasis“, heißt es im Gastbeitrag von **Dietmar Woidke** für das Buch „German Omics. Neue Antworten für Wachstum und Wohlstand“, das im Juni vom SPD-Wirtschaftsforum veröffentlicht wird. Zu oft müssten die Bundesländer noch auf Entscheidungen des Bundes oder der Europäischen Union warten, die neue regulatorische Vorgaben machen. In vier Punkten erläutert Woidke, wie aus seine Sicht Entbürokratisierung und Digitalisierung gelingen können. Den Gastbeitrag lesen Sie hier exklusiv vorab. *Laura Block*

ANZEIGE

WIR SIND DIE
WEITBLICK-FÜR-DIE-PFLEGE-
VERSICHERUNG.

WELTWEIT



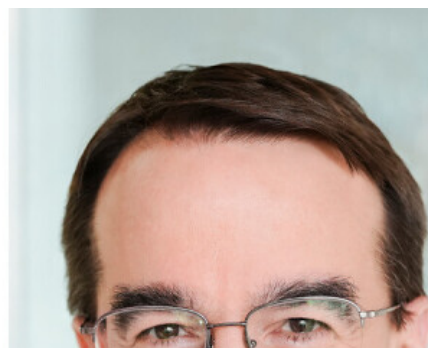
Hätten Sie's gedacht? Über 60 Milliarden Euro haben die Privatversicherten bereits für den Pflegefall angespart. Monat für Monat wird dafür ein Teil ihrer Beiträge zurückgelegt. So reicht es am Ende für alle gesetzlichen Pflegeleistungen. Dieses Prinzip nennt man Kapitaldeckung. Und wir haben gute Ideen, wie die gesamte Pflegeversicherung davon profitieren könnte. (**mehr auf pkv.de**)

Kapitalmärkte: Erfolg für Lars Klingbeil auf EU-Ebene. Der Bundesfinanzminister ist bei seinem Ziel vorangekommen, die europäischen Kapitalmärkte zu stärken. Klingbeil vereinbarte mit seinen Kollegen aus Frankreich, Italien, Spanien, Polen und den Niederlanden unter anderem, die Aufsicht über große Börsenbetreiber und Krypto-Dienstleister bei der EU-Behörde Esma zu zentralisieren. Dabei sorgte Klingbeil dafür, dass etwa die Euronext-Handelsplätze in Paris und Amsterdam erfasst würden, nicht aber die Deutsche Börse in Frankfurt. Wie der Minister nun noch die skeptischen EU-Länder Schweden oder Luxemburg überzeugen will, lesen Sie im Europe.Table. *Till Hoppe*

ANZEIGE

Hier lesen:

Gesundheitsstandort
Deutschland: Mehr



Innovationen wagen

von **Dr. Remo Gujer**,
Geschäftsführer Bristol Myers Squibb
in Deutschland



Bafög-Reform: Ministerium widerspricht Zweifeln aus der Union. Nach widersprüchlichen Signalen aus der Koalition hört man am Sonntag aus dem Forschungsministerium, dass die geplante Bafög-Novelle „mit Nachdruck“ vorangetrieben wird. Aus Ministeriumskreisen heißt es, der Entwurf solle im Juli ins Kabinett gehen und wie geplant umgesetzt werden. Zuvor hatten Äußerungen von Forschungsministerin **Dorothee Bär** und CDU-Fraktionschef **Jens Spahn** Zweifel am Zeitplan und an der Finanzierung geweckt.

Während die Union auf die angespannte Haushaltslage verweist, widerspricht die SPD deutlich. SPD-Politiker wie der niedersächsische Wissenschaftsminister **Falko Mohrs** pochten am Sonntag auf die Einhaltung der Koalitionsvereinbarungen. Mohrs widersprach Ministerin Bär, die von der *Funke Mediengruppe* mit dem Satz zitiert worden war: „Ich habe aber auch gehört, dass die Reform von den Regierungsfractionen nicht mehr unterstützt wird“. Nach seiner Kenntnis würde niemand in der SPD-Fraktion „wackeln“, sagte Mohrs. *Nicola Kuhrt*

ANZEIGE

Future at the Table – Innovate & Invest

Einladung: Aufbruch

durch Investitionen

8. Juni 2026, 17:00–19:00 Uhr, Berlin. Wie kommt Deutschland auf den Next Level?
Mit **Martin Blessing** (Kanzleramt), **Stefan Wintels** (KfW)

Kostenlos anmelden

Unsere Partner:



© picture alliance / Guller Fotografie | Bernd Eberhardt/Guller Fotografie KfW

Wissenschaftszeitverträge: Regierung vermeidet den Konflikt – und erntet scharfe Kritik. Nach dem Scheitern der Ampel an der Frage der Postdoc-Befristung hat das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFT) zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) einen neuen Anlauf genommen, die seit Jahren kritisierten Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft neu zu ordnen. Der Reformentwurf von Schwarz-Rot übernimmt viele bekannte Elemente wie Mindestvertragslaufzeiten und mehr Schutzregeln, zugleich zeigt sich, dass einige der politisch umstrittensten Fragen weiterhin ausgeklammert werden. Warum Gewerkschaften und Initiativen deshalb von einer „enttäuschenden Kopie“ ohne echte Perspektiven sprechen – und neuen Protest ankündigen, lesen Sie im [Research.Table](#). *Tim Gabel*

Rentenreform: Die gesundheitsbedingte Frühverrentung muss leichter zugänglich werden. Zu diesem Schluss kommt ein noch unveröffentlichter „Altersübergangs-Report“ von **Martin Brussig** von der Universität Duisburg-Essen, der als Experte auch zu einem Hearing der Rentenkommission eingeladen war. Dem Bericht zufolge ist ein Teil der älte-

ren Beschäftigten gesundheitlich so angeschlagen, dass er eigentlich in Frührente gehen würde. Weil die Voraussetzungen dafür in der Vergangenheit verschärft wurden, geht das aber nicht mehr so leicht. Es gebe also Leute, „die zu krank für versicherungspflichtige Arbeit, aber nicht krank genug für die Erwerbsminderungsrente sind“. Besonders bitter sei, dass dies besonders Geringqualifizierte trifft. Ihnen steht eine Rente wegen Berufsunfähigkeit nicht mehr offen, weil sie im Jahr 2000 abgeschafft wurde.

Viele Menschen arbeiten nicht bis zum regulären Eintrittsalter. Die aktuelle Lage konterkarieren laut Brussig die Bemühungen, mehr Menschen zu längerem Arbeiten zu bewegen. Er plädiert daher kurzfristig für einen erleichterten Zugang zur Frührente und langfristig für „deutlich verstärkte Präventionsbemühungen in der Arbeitswelt“. Beides sollte ihm zufolge noch vor einer weitergehenden Anhebung der Regelaltersgrenze berücksichtigt werden, wie sie die Kommission vorschlagen könnte. Brussigs Konzept einer „Berufsunfähigkeit im höheren Erwerbsalter“ war dort bereits Thema. Kürzlich hat er mit **Johannes Geyer** vom DIW geschätzt, wie viele Personen betroffen sein könnten. Bei einer engen Abgrenzung wären es demnach rund 20.000 Personen, bei einer weiten knapp 300.000. *Okan Bellikli*

AfD Berlin im Wahlkampfmodus: Ruf nach Behörde für „Remigration“. Beinahe einstimmig hat der Berliner Landesverband am Wochenende in Brandenburg an der Havel sein Programm für die Abgeordnetenhauswahl im September beschlossen. Es enthält einige rechtlich zumindest zweifelhafte Forderungen – darunter einen Vorrang für in Berlin Geborene bei der Vergabe von gefördertem Wohnraum. Auch eine Behörde für „Remigration“ will der Verband einführen. Landeschefin **Kristin Brinker** sprach in ihrer Rede von „Politschranzen“, blieb in ihrer Tonalität insgesamt aber gemäßigter als ihre Kollegen aus Sachsen-Anhalt bei deren Parteitag im April.

Anders als in Sachsen-Anhalt trat bei den Berlinern Prominenz auf: Unter anderem **René Aust**, Chef der ESN-Fraktion im Europaparlament, und Bundesvorstand **Hannes Gnauck** schworen die Partei in Brandenburg an der Havel auf den Wahlkampf ein. Längere Debatten löste die Einführung einer Bezirkspolizei aus. Im Kleinteiligen verlor sich die Partei etwa bei der Frage, wie sie gegen den Uringeruch in der Hauptstadt vorgehen kann.

Auch die AfD Mecklenburg-Vorpommern hat am Wochenende ihr „Regierungsprogramm“ für die Wahl am 20. September verabschiedet. Auffällig waren auch hier eher

die Personalfragen. Zum Generalsekretär wurde mit 92 Prozent **Dario Seifert** gewählt, direkt gewählter MdB mit nachgewiesener NPD-Nähe. Als Delegierter zum Bundesparteitag wird unter anderen **Daniel Fiß** entsandt, einst einer der Vorsitzenden der rechtsextremen „Identitären Bewegung“. Dass die „IB“ auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht, irritierte die Delegierten mehrheitlich nicht. *Franziska Klemenz*

Abschottung von China: Druck auf Merz wächst. Der Kanzler wird beim EU-Gipfel Mitte Juni Position beziehen müssen, wie offen Europa für den Handel mit China bleiben soll. Die EU-Kommission prüft, mit welchen Instrumenten dem massiven Handelsdefizit der EU mit China von fast einer Milliarde Euro pro Tag begegnet werden kann. Nach einer internen Debatte am Freitag signalisierte Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** laut EU-Diplomaten, dass sie beim Gipfel ein mündliches Mandat der Staats- und Regierungschefs einholen wolle, bevor sie konkrete Schritte anordnet.

In Brüssel blickt man nun vor allem auf die Bundesregierung: Berlin hatte aus Rücksicht auf deutsche Konzerne meist gebremst, zuletzt etwa bei den E-Auto-Zöllen. Wirtschaftsministerin **Katherina Reiche** sendete bei ihrem Besuch in Peking diese Woche gemischte Signale. In Kanzleramt und Ministerien wird nun intensiv an einer Positionierung gearbeitet. Wie von der Leyen jetzt vorgehen will, lesen Sie [im Europe.Table](#).

Druck kommt auch aus dem EU-Parlament. Der Vorsitzende der China-Delegation des EU-Parlaments **Engin Eroglu** fordert im Gespräch mit *Table.Briefings* die Bundesregierung dazu auf, robusteren Maßnahmen gegen chinesische Überkapazitäten zuzustimmen. Dies könne aber keine langfristige Lösung sein. „Wir schützen unsere Wirtschaft nur, wenn wir sie wieder wettbewerbsfähig und handlungsfähig machen. In dem Punkt mache ich der Bundesregierung schwere Vorwürfe“, sagte der deutsche EU-Politiker. Was Eroglu von der ersten China-Reise der Delegation des EU-Parlaments seit acht Jahren berichtet, lesen Sie [im China.Table](#). *Till Hoppe, Manuel Liu*

Iran-Krieg: Luftfahrt-Branche warnt vor langfristigen Folgen. Der Luftfahrtbranche drohen langfristig Lieferketten-Probleme bei einem länger dauernden Krieg im Iran. Das geht aus einer Studie hervor, die die Unternehmensberatung Roland Berger gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und den

Luftfahrtverbänden aus Frankreich (Gifas) und Großbritannien (ADS) durchgeführt hat. Die Untersuchung, die am Montag erscheint, liegt *Table.Briefings* exklusiv vorab vor.

Es wächst das Risiko, dass bestimmte chemische Produkte aus dem Nahen Osten nur noch eingeschränkt nach Europa kommen. „Wegen der langen Vorlaufzeiten in der Luftfahrt würden sich diese erst Monate später auf die Produktion auswirken“, analysiert die Unternehmensberatung. Bei welchen Rohstoffen Unternehmen der Branche Engpässe erwarten, lesen Sie im Security.Table. *Gabriel Bub*

● Table.Documents

Bericht des BMW: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Antworten auf Kleine Anfragen: Entlassungen wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen, Prävention und Gesundheitsförderung, Laserwaffen für die Marine, Krisenresilienz der Bundeswehr-Krankenhäuser

Broschüre des BMAS: Was Unternehmen widerstandsfähig macht

Papiere europäischer Finanzminister und des BMF zur Kapitalmarktunion

WZGE-Studie „Demokratie unter Druck – Wirtschaft in der Verantwortung?“

● Heads





Clemens Hach ist neuer Beauftragter für Nah- und Mittelost und Nordafrika (Mena-Beauftragter) im Auswärtigen Amt in Berlin. Erst im Juni 2025 war der 1970 in Algier geborene Diplomat als Geschäftsträger der deutschen Botschaft nach Damaskus entsandt worden. Nach Beginn des Aufstands gegen **Baschar al-Assad** hatte Deutschland die diplomatische Vertretung 2012 geschlossen. Hachs Vorgänger, **Tobias Tunkel**, geht als Botschafter nach Abu Dhabi. *Markus Bickel*

Florian Hauer ist Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten in Berlin und übernimmt jetzt auch die Zuständigkeit für Digitalfragen von **Matthias Hundt**. Dessen Rückzug sorgt weiter für Diskussionen: Er hat seine Bitte um Entlassung zurückgenommen, wodurch der Senat ihn formal entlassen muss. Das soll nun am Dienstag geschehen, durch den Schritt steht Hundt ein Übergangsgeld in Höhe von rund 72.000 Euro zu. ([Tagesspiegel](#))

● Best of Table

Security.Table: Grüne Zweifel an Merz' Ukraine-Beistandsversprechen. Die MdBs **Chantal Kopf** und **Robin Wagener** fordern vom Kanzler entschlosseneres Handeln – etwa

durch schärfere Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte oder die Lieferung des Taurus-Marschflugkörpers. Warum der Kanzler nichtsdestotrotz einen wichtigen Impuls setze, [lesen Sie hier](#).

Security.Table: Wie sich die Rüstungsindustrien in Deutschland und Israel annähern.

Das Land ist eine technologische, aber keine industrielle Supermacht. Deshalb gerät es in der Rüstungsproduktion schnell an seine Kapazitätsgrenzen. Warum Israel trotz internationaler Boykottaufrufe seine Produktion steigern konnte, [lesen Sie hier](#).

China.Table: Wie Indien Widerstandsfähigkeit in der Krise aufbauen kann. Angesichts eines anhaltenden Handelsdefizits plädieren die Ökonomen **Chetan Aggarwal** und **Gaurav Dalmia** für tiefgreifende Reformen. Die Regierung müsse auf Freihandelsabkommen setzen. Dazu gehöre das noch nicht ratifizierte Abkommen mit der EU. Welche weiteren Maßnahmen sie fordern, [lesen Sie hier](#).

● Time.Table

Highlights der Woche

Am Montag beginnt eine zweitägige Klausur der NRW-CDU im Vorfeld der Landtagswahl im April 2027. **Hendrik Wüst** hat Abgeordnete aus Landtag, Bundestag und Europaparlament eingeladen, auch **Friedrich Merz** wird erwartet.

Am Dienstagvormittag hält Merz beim Ostdeutschen Wirtschaftsforum in Bad Saarow eine Keynote. Am Nachmittag empfängt er Ungarns Ministerpräsidenten **Péter Magyar** zu dessen Antrittsbesuch.

Am Dienstag stellt **Ferda Ataman** in der Bundespressekonferenz den Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes vor.

Am Mittwoch eröffnet **Robert Habeck** das *MACHEN*-Festival in Leipzig mit einer Keynote. Im Anschluss spricht er mit **Hannah Suppa** (*Leipziger Volkszeitung*) über Transformation und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Am Donnerstag verleiht **Frank-Walter Steinmeier** den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland für internationales politisches Engagement an **Maria Böhmer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bernd Fabritius, Ralf Fücks** und **Sigmar Gabriel**.

Am Freitag reist **Friedrich Merz** zum EU-Westbalkan-Gipfel nach Montenegro. Vertreter der Europäischen Union beraten dort mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Nordmazedonien und dem Kosovo über eine Vertiefung der Zusammenarbeit.

1. Juni

Außenpolitik: **Johann Wadephul** nimmt an einer Sitzung der UN-Generalversammlung zum Thema Konfliktmediation teil und wirbt für die deutsche Kandidatur um einen nicht ständigen Sitz im Sicherheitsrat.

Wirtschaft: Beim Ostdeutschen Wirtschaftsforum sprechen **Elisabeth Kaiser** und **Sven Schulze**, außerdem die Parlamentarischen Staatssekretäre **Tino Sorge** (BMG) und **Sebastian Hartmann** (BMVg). **Katherina Reiche** ist nach ihrer China-Reise erkrankt, in Vertretung hält daher **Gitta Connemann** eine Keynote. [Weitere Informationen](#) und [Livestream](#)

Konferenz: Beim *Global Solutions Summit* tauschen sich internationale Gäste unter anderem über KI, Klimaschutz und das Ziel eines fairen Welthandels aus. Aus der Bundespolitik haben sich **Olaf Scholz, Carsten Schneider** und **Franziska Brantner** angekündigt. [Weitere Informationen](#)

Bundespressekonferenz: Vorstellung des Reports *Globale Flucht 2026*. Schwerpunkt in diesem Jahr ist das Wechselverhältnis von Klimakrise und Flucht. Mit **Benjamin Etzold** vom *Bonn International Centre for Conflict Studies*. 10 Uhr

Parteien I: Pressekonferenzen der Bundesparteien: **Ines Schwerdtner** (Linke) spricht um 13 Uhr, **Franziska Brantner** (Grüne) um 14 Uhr.

Parteien II: Die Linke ruft bundesweit zu Sozialprotesten auf. Demonstrationen sind unter anderem in Essen, Hannover, Köln und Berlin geplant.

● Must-Reads

Bild: Energiegesetz als Jobkiller? Die Vorgaben in dem am Mittwoch im Kabinett anstehenden Energieeffizienzgesetz seien nicht zu schaffen und hätten das Zeug, Millionen von Arbeitsplätzen zu vernichten, beklagt der DIHK. Bis 2030 müsste demnach der Energieverbrauch um 15 Prozent sinken. Die Wirtschaftsweise **Veronika Grimm**: „Völlig sinnlos“. Kollege **Lars Feld**: „Planwirtschaftliche Vorgabe.“ („Plötzlich bedroht ein Gesetz Millionen Jobs“)

Spiegel: Hamburger Nein zu Olympia. Die Hamburger Bevölkerung hat sich mit deutlicher Mehrheit gegen eine Olympiabewerbung der Stadt ausgesprochen. Wegen des deutlichen Votums stand das Ergebnis bereits lange vor Ende der Auszählung fest. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 49,5 Prozent, davon hatten sich gegen 21 Uhr rund 55 Prozent gegen eine Bewerbung ausgesprochen. Bei der Olympiaabstimmung 2015 hatten sich die Gegner noch mit 51,6 Prozent der Stimmen durchgesetzt. Nun bleiben noch die Rhein-Ruhr-Region, München und Berlin im Bewerbungsrennen. („Hamburger wollen keine Olympischen Spiele in ihrer Stadt“)

Handelsblatt: Sondervermögen zündet nicht. Die Bundesregierung hat ihre Ziele beim 500-Milliarden-Sondervermögen bisher nicht erreicht. Das geht aus einem Monitoringbericht des BMF hervor. Statt der für 2025 geplanten Ausgaben in Höhe von 37,2 Milliarden Euro flossen nur 24 Milliarden ab. Von den 109 Meilensteinen, die sich die Ministerien für 2026 selbst gegeben haben, seien bis Ende Mai erst 26 erreicht. („Interner Bericht zeigt Probleme bei Investitions-Sondervermögen“)

FAZ: BDA fordert Anpassungen bei Reservedienst. Die Arbeitgeber sehen das geplante Gesetz kritisch, da es kein Mitspracherecht für Betriebe vorsieht. Sie befürchten Personalausfälle, sollten Beschäftigte kurzfristig zu Übungen eingezogen werden. Die Unternehmen müssten der Planbarkeit halber zumindest wissen, wer als Reservist gelistet ist, so der Verband. („Betriebe besorgt wegen Bundeswehr“)

SZ: Wo die Schweiz und Österreich Vorbild sein könnten. In beiden Ländern rollt die Bahn zuverlässiger als in Deutschland. Einer der Hauptgründe, wie das Dezernat Zukunft ermittelt hat: Andere Finanzierungsmodelle, die zu mehr Planungssicherheit und geringeren Kosten führen. Auf Deutschland übertragbar wäre vor allem die österreichische

„Annuitätenfinanzierung“, mit einem auf sechs Jahre angelegten Rahmenplan und einer deutlich geringeren Haushaltsbelastung. („Mehr Österreich wagen“)

Taz: Bauschaum im Auspuff. In Ulm haben die Ermittler Anklage gegen drei junge Männer und eine Frau erhoben, die im Dezember 2024 Bauschaum in 270 Autos in vier Bundesländern gesprüht haben sollen. **Konrad Litschko** und **Anne Fromm** vermuten die russische Propaganda-Agentur SDA hinter der Tat. Auftraggeber sei ein serbisch-russischer Doppelstaatler gewesen, für jeden verfüllten Auspuff soll es 100 Euro gegeben haben. („Anklage wegen Attacken auf Autos“)

Nicht überlesen!

Tagesspiegel: Kompromissvorschlag zur Arbeitszeitreform. Aus Sicht des IW Köln könnte man die geplante Flexibilisierung zunächst auf eine Gruppe von Arbeitnehmern beschränken, bei der ihm zufolge keine Gesundheitsrisiken drohen: Menschen, die im Büro arbeiten. Der DGB weist das zurück und verweist auf eine Umfrage, wonach mehr als die Hälfte der Beschäftigten gerne kürzer arbeiten würde. **Gitta Connemann**, Parlamentarische Staatssekretärin im BMW, hatte zuletzt die Forderung nach einer Reform bekräftigt. Das BMAS will im Juni einen Entwurf vorlegen. („Ökonomen fordern Ausweitung der Arbeitszeit zunächst nur für Bürobeschäftigte“)

● Schlagzeilen von morgen

SZ: Bär rechnet nicht mehr mit Bafög-Reform

FAZ: Kubicki sieht Versöhnung in der FDP nicht als Hauptaufgabe

Tagesspiegel: Bafög-Reform löst neuen Streit in der Koalition aus

Handelsblatt: Bundesregierung verfehlt eigene Investitionsziele

Sächsische Zeitung: Noch mehr Tempo-30-Zonen in Sachsen? Grüne wollen Möglichkeiten erweitern

● Meistgelesenes von heute

Zeit: Toter Buckelwal auf Insel Anholt an Land gezogen

Spiegel: Trump will Gratskonzerte zur Jubiläumsparty der USA wieder absagen

Taz: Ashwagandha: beliebt, unkontrolliert, gefährlich

Handelsblatt: Deutschlands meistgehörtes Privatrado spielt nur ein Genre

NZZ: Macron, Merz und Starmer – drei Anführer aus einer Welt von gestern

● Interviews von morgen

Deutschlandfunk

6:50 Uhr: **Axel Voss**, Koordinator der EVP-Fraktion im Rechtsausschuss (CDU): EU will eigene KI-Industrie fördern

7:15 Uhr: **Philipp Türmer**, Juso-Chef: Bafög-Reform vor dem Aus?

8:10 Uhr: **Martin Hagen**, FDP-Generalsekretär: Bundesparteitag

ARD

8:05 Uhr: **Elisabeth Kaiser**, Ostbeauftragte der Bundesregierung (SPD): Ostdeutsches Wirtschaftsforum

Phoenix

9 Uhr: **Lena Düpont**, innen- und migrationspolitische Sprecherin der Unionsgruppe im Europaparlament (CDU): Report Globale Flucht 2026

Welt

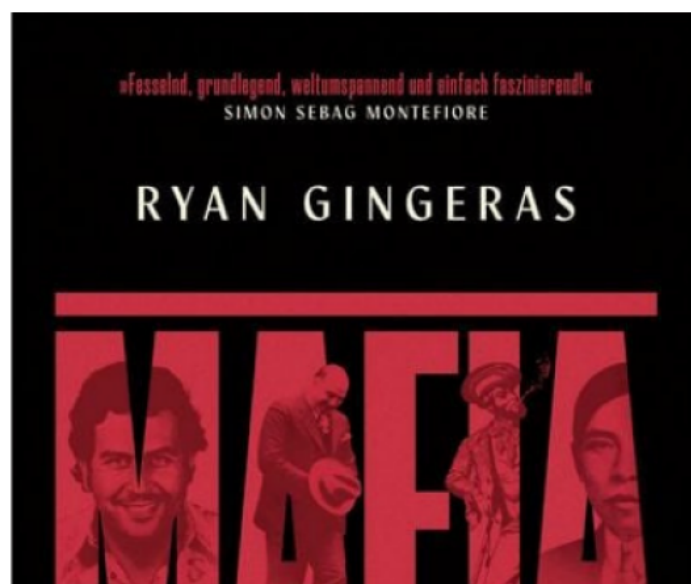
7:15 Uhr: **Martin Hagen**, FDP-Generalsekretär: Bundesparteitag

● Geburtstage von morgen

Marc Henrichmann, MdB (CDU) und Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums, 50

Kassem Taher Saleh, MdB (Grüne), 33

● Nachttisch





Unser Tipp führt Sie heute zur organisierten Kriminalität. Der US-Historiker **Ryan Gingeras** zeigt in seinem Buch, wie vielschichtig das Phänomen „Mafia“ ist und wie es Politik und Wirtschaft in aller Welt prägt. Die zum Teil international aktiven Gruppen sind in vielen Feldern tätig – sie handeln mit Kryptowährungen, Drogen, Holz oder Abfall. Immer wieder mit dem Wissen von oder der Duldung durch Regierungen oder Organisationen, die bisweilen selbst wie „kriminelle Unternehmen“ agieren. Gingeras, der an einer *Postgraduate School* der Marine in Kalifornien lehrt, zeigt auch die Verbindungen zwischen „Gangstern“ und „Terroristen“ auf. Und beschreibt, wie Popkultur unser Bild von „Mafiosi“ prägt – von *Der Pate* über *Die Sopranos* bis zur Netflix-Serie *Narcos* rund um **Pablo Escobar**. *Okan Bellikli*

Ryan Gingeras: Mafia. Eine globale Geschichte des organisierten Verbrechens | Droemer

Das war's für heute. Good night and good luck!

Heute haben Okan Bellikli, Laura Block, Stefan Braun, Michael Bröcker, Gabriel Bub, Helene Bubrowski, Damir Fras, Daniel Friesen, Marcel Grzanna, Nicolas Heronymus, Franziska Klemenz, Malte Kreutzfeldt, Nicola Kuhrt, Vincent Mikoteit, Leonard Schulz, Sven Siebert, Sara Sievert, Wilhelmine Stenglin und Britta Weppner mitgewirkt.

Der Berlin.Table ist das Late-Night-Briefing für die Table.Media-Community. Wenn Ihnen der Berlin.Table gefällt, empfehlen Sie uns bitte weiter. Wenn Ihnen diese Mail weitergeleitet wurde: [Hier](#) können Sie sich kostenlos anmelden.

Briefings wie Berlin.Table per E-Mail erhalten

E-Mail-Adresse

Jetzt kostenlos testen

Keine Bankdaten. Keine automatische Verlängerung.

Sie haben bereits das Table.Briefing Abonnement?

Anmelden